

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark
auswärts. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsergebnisse unter
"Gaul-Feitung" eingetragen. Für
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Zusam-
mensehung "Gaul-Feitung" gestattet.
Journale der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Abend-Ausgabe.

Deutsche Zeitung

Zweihundertfünfundfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Tagesblätter 20 mm breite
Kolonnen oder deren Raum mit
20 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet
und in weiteren Annahmestellen u.
allen Anzeigenstellen angenommen.
Reklamen die 78 mm breite Zeile
11 Pf. u. 10% Zuschlag. Anzeigen-
annahme schließt vom 11 Uhr
für die Sonntags-Fe. ab. 1 Uhr.
Abstellungen, soweit zulässig,
müssen schriftlich erfolgen. Erfül-
lungsort: Halle a. S. Erscheint täg-
lich, Sonntags 1 mal. Schriftl.
u. Schriftl. Bestellungen: Halle, G.
Deubnerstr. 17. Neben-Geschäfts-
stell. Markt 24 u. G. Wilschstr. 52.

Nr. 88.

Halle, Donnerstag, den 21. Februar

1918.

Deutsche Riesenbeute im Osten.

Vor dem Eintreffen des schriftlichen Friedensgesuches der Bolschewiki. — Weiterer Vormarsch unserer Truppen.

Der Erfolg des Vormarsches im Osten.

Ueber 9000 Russen gefangen. — 1353 Geschütze, 4—5000 Fahrzeuge, 1000 Eisenbahnwagen, viele Lebensmittel und unüberschaubares Kriegsgerät erbeutet.

WTB. Großes Hauptquartier, 21. Februar.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kron-
prinz.
Westlich Artillerie und Minenmetzelpampf. Ein Vor-
stoß in den Argonnen hatte Erfolg.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front war die Kampftätigkeit in
vielen Abschnitten zwischen der Selle und Blaine gesteigert.
Starke feindliche Abteilungen griffen am Abend unsere
Stellungen bei Honeil, Hochcourt und Moucourt an. In
vielen Stellen brang der Feind ein. Unsere Infanterie warf
ihn im Gegenzuge wieder hinaus und machte eine größere
Menge Gefangene.

Südwestlich von Marfisch brachten Sturmtruppen von
einer Erkundung Gefangene zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

Von der Inzif Moon aus ließ unsere Regimenter nach
Ueberfällen des zugeflossenen Sendes in Eckland einrücken
und haben Real Erfolg.

23 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 20. Febr. (Mitteil.) Im westlichen Mittelmeer
erzielte unsere U-Boote neue Erfolge gegen den italienischen
Transportverkehr.

23 000 Brutto-Registertonnen

feindlichen Handelschiffsräume wurden von ihnen vernichtet.
Unter den versenkten Schiffen befanden sich der italienische
Dampfer "Harlan" mit Kohlen von Marfisch nach Vico, die
bespannte englische Dampfer "Kemminkler Wöden"
(3114 B.R.T.), "Sturton" (4106 B.R.T.) und "Celta"
(5004 B.R.T.), der englische Dampfer "Aboukir" (3660
B.R.T.) und der italienische Segler "Volania di Rio", dieser
mit Kanonen und Kanonen. Vier von den versenkten Damp-
fern wurden aus ein und demselben Geschützen getrieben,
einer aus Fernrohrbesetzung herausgeschossen.

Von dem bespannten italienischen Dampfer "Harlan"
und dem englischen Dampfer "Aboukir" wurden die Kapitäne
als Gefangene eingekerkert.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Auch Graf Czernin wartet ab.

Czernins Vertreter bei den rumänischen Verhand-
lungen.

Wien, 21. Februar. (Privattelegramm.) Graf Czernin
hat keine Reise nach Bukarest um einige Tage verschoben,
um zunächst die weitere Entwicklung der russischen Friedens-
frage abzuwarten. Man nimmt hier an, daß das schriftliche
russische Friedensangebot im Laufe des heutigen Tages die
deutschen Ohren erreichen kann. Für die Verhandlungen mit
Rumänien hat Graf Czernin vorübergehend seinen ersten
Sekretär mit seiner Vertretung beauftragt.

„Ein äußerst wichtiges Ereignis.“

Herren in ganz Osteuropa.

Büch, 21. Febr. (Privattelegramm.) Der "Corriere
della Sera" meldet aus Petersburg: Der Antrag der Sowjets
hat sich verfestigt, nachdem er bei der Regierung zu einem
weiteren Verhandlungen Vorschlag resultiert hat. Der
"Secolo" schreibt, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen
mit dem Feinde würde ein äußerst wichtiges Ereignis sein,
da hierdurch die Mittelkräfte der Herren der
Situation in ganz Osteuropa werden würden.

Sturz der Bolschewiki?

Die Sozialrevolutionäre als angebliche Sieger.

Stockholm, 21. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Nach
wider Erwarten sind in Petersburg bei der Sturz der Bolschewiki
keine tatsächliche Beteiligung worden sein und zwar das
durch, daß sich in Petersburg gegen eine erhebliche Mehr-
heit für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit
den Zentralmächten ausgesprochen, während die Bolschewiki
diesen Gedanken zunächst von sich gewiesen haben sollen. Knapp

Im Vormarsch am Riga'schen Meerbusen entlang wurden
Betteln und Beuteln erbeutet. Bei Venia kam es zu kurzen
Kämpfen, in den 500 Gefangenen gemacht und 20 Geschütze er-
beutet wurden. Neben wurde durchgeführten; unsere
Truppen ließen vor Wolmar.

Zwischen Dünamurg und Pijn sind mir im Vorbringen
nach Osten.

Heeresgruppe Finlingen.

Die Bewegungen gehen vorwärts.
An der ganzen Front wurden wichtige Bahn- und
Straßennotenpunkte besetzt.
Rommo wurde vom Feinde gefäubert.

Die Deute läßt sich nicht amherum übersehen. Bisher
wurden gemeldet:

An G e f a n g e n e n: Ein kommandierender General, meh-
rere Divisionskommandeure, 45 Offiziere und 8700 Mann.

An B e u t e: 1353 Geschütze, 120 Maschinengewehre, 4 bis
5000 Fahrzeuge, Eisenbahnzüge mit etwa 1000 Wagen, viel-
fach mit Lebensmitteln beladen, Fahrzeuge und sonstiges un-
überschaubares Kriegsgerät.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

und Venia sollen wie bereits berichtet, angeblich nach Riga
geflüchtet sein. Auch von anderer Seite wird mit Be-
stimmtheit behauptet, daß die Bolschewiki durch die Sozial-
revolutionäre gestürzt sind.

Kylenko und die Demobilisierung.

Stockholm, 21. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus
Petersburg verläuft, war Kylenko mit der sofortigen Durch-
führung der Demobilisierung nicht einverstanden. Er ver-
langte von Rat der Volkskommissare für die Demobilisation
eine Frist von drei Monaten.

Westeuropäische Zeit in Russland.

Stockholm, 21. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Pe-
tersburg wird gemeldet: Um mit den Westmächten gleichen
Schritt zu halten, hat die Volkskommissare beschlossen, die
Einführung des westeuropäischen Kalenders in der gesamten
Republik vorzunehmen. In Petersburg wird bereits
seit dem 15. Februar nach dem neuen Zeit ge-
rechnet.

Die Alliierten verlangen von Rumänien die Vorküffe zurück.

Wirtschaftlicher Ausgleich?

Stockholm, 21. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Nach
Mitteilungen aus Sagaranda ist der rumänischen Regierung
von Seiten der Alliierten mitgeteilt worden, daß sie die Wirt-
schaft der bisherigen Kriegswirtschaft wünschenswert. Da es
sich um eine Summe von 3½ Milliarden Reichsmark handelt, ist den
Alliierten gemeldet worden, daß die Angelegenheit in
König im Kabinett behandelbar werden würde. Die Alliierten
sollen sich daraufhin grundräßig bereit erklärt haben,
einen Ausgleich durch wirtschaftliche Sach-
verträge zu schaffen.

Glatte Kapitulation.

Beginn neuer Verhandlungen.

Wien, 21. Febr. (Privattelegramm.) Der Annahme
der Friedensbedingungen durch die Alliierten ist der "Ward"
Das wäre eine glatte Kapitulation, wenn nicht irgendein
Hinterhalt in Frage kommt oder wenn man nicht an der Be-
handlungsfähigkeit der Bolschewiki zweifeln müßte. Wahrscheinlich
sind sie, die deutschen Entsetzten würden nicht mehr gegen
Rumänien verhalten. Was sie aber noch immer überleben,
war es mit der Vertreibung der Bolschewiki aus. Sie könnten
tatsächlich und ruhlos das Feld. Der andere
N u n g e n gegen westlich Frankreich und Niederlande in
den Verhandlungen war leicht zu holen, aber was
den ersten deutschen Vorschlag der deutschen Truppen durch die
Rat der Bolschewiki-Kommisaren. Es hätte
zunehmend ernst Friedensverhandlungen beginnen, nicht nur
solche, wie es jetzt ist, ist gegeben hat.
(Quelle: Depositionen Halle und Seite 3.)

Die Rechte gegen die Staatsnotwendigkeit.

Die Männer des ungetrübten Königs von Preußen, des
Herrn von Hennebrandt und der Raja, lassen ihren Worten
die Taten folgen. Von jeher hat sich der Herr auf Klein-
Sachsenhausen nicht gefügt, der Regierung mit der vollen Zu-
kunft zu kommen, wenn der drohende erbobene Geleitzug —
in welcher Höhe der kleine energische Gutsherr sich besonders ge-
füllt — seine genügende Wirkung erzielen konnte. Als die
Konfessionen jetzt ihre Gegnerschaft gegen das gleiche Wahl-
recht durch die Stellung ihres Antrags im Verfassungsaus-
schusse des Abgeordnetenhauses ungeschminkt zum Ausdruck
brachten, da konnte man schon daran zweifeln, ob die Rechte
sich noch zu den Anschauungen der Regierung betonen würde.
Es hat es nicht getan. Innerhalb kommt zum Ausdruck,
daß die Parteien der Rechte die außenpolitische Lage des
Reichs nicht achten wollen, um noch einmal der Regierung,
die sie durch Jahrzehnte unter ihren Willen bringen konnten,
ihre volle Macht zu zeigen. Noch fühlen sie sich durch die
Unrechtfertigkeiten des Dreikönigswahlrechts als die Herren
der preussischen Gesetzgebungsorgane und noch einmal wollen
sie zeigen, zu welchen Rücksichtslosigkeiten gegen Volk und
Staat sie fähig sind. Ihnen war das Wort von der Regie-
rungsbank, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts eine
Staatsnotwendigkeit sei, nichts als Schall und Rauch. Die
Konfessionen, die, wenn es dem eigenen Rausch entspricht,
immer wieder die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität
predigen, kümmern sich nicht im geringsten um die Bedeutung
dieser Autorität. Trotz der Illusion und trotz der Aufrechter-
haltung des Reichs verläßt die Rechte mit den Mitteln parla-
mentarischer Macht und Gewalt die Erfüllung des Königs-
wortes, an dem es doch nichts zu beuten geben soll, zu hinter-
reiben. Wie sie sich über die Kundgebungen des Königs
hinwegsetzt, so achtet sie auch die ersten Mahnungen nicht,
die von der Regierung mündlich und auch durch die "Nord-
deutsche Allgemeine Zeitung" laut geworden sind.

Die Regierung ist nicht frei von Schuld. Bei aller An-
erkennung für ihr bisher gezeigtes warmes und entschlossenes
Eintreten für das gleiche Wahlrecht läßt sich nicht verkennen,
daß sie sich eine Blöße gab, die der Rechte den Mut steigert,
daß sie sich über die Art und Weise der Antwort, die
der Vizepräsident Dr. Friedberg auf die nationalliberale
"Anfrage" im Ausschusse gegeben hat. Als der National-
liberale Lohmann wissen wollte, ob die Regierung gewisse
Veränderungen in der Richtung auf ein Vierstimmrecht an-
nehmen würde, durfte Dr. Friedberg nicht ausweichend an-
worten. Dadurch, daß er sich hinter die erst eingehende
Meinung des Gesamtministeriums versteckte, ließ er die
Anfrage entstehen, als ob die Regierung vielleicht doch noch zu
einem kleinen Unfall bereit sein könnte. Das ist der Stellung
der Regierung zweifellos nicht dienlich gewesen! Sie konnte
diesen ungenügenden Eindruck auch nicht mehr durch die ge-
richtigen Erklärungen des Vizepräsidenten Dr. Friedberg aus der Welt
schaffen. Der Führer der Regierung im Ausschusse hat mit
seiner Verantwortung der nationalliberalen Anfrage nur
sagen wollen, daß das gesamte Ministerium die angeordnete
Frage prüfen wolle. Diese nachträgliche Besorgung der
unlaren Haltung ist deshalb nicht schätzbar, weil die Re-
gierung sich bei Beginn der Beratungen gegenüber jeder
Eventualität klar sein mußte. Was dann Herr Dr. Fried-
berg zur Begründung der Haltung der Regierung sagte, ist
so schätzbar, daß es auf Kreise, die sich nicht von den Sorgen
um die eigene Macht, sondern in freier Weise von schä-
dlichen Motiven leiten lassen, eine tiefe Wirkung zweifellos
gehabt haben würde. Der Vizepräsident des Ministeriums
hat sich getraut den Ausführungen eines Volksparteilers von
Tage zum Tage entgegenzusetzen, monoch einzelne Teile des kon-
servativ-reaktionären Antrags eine noch größere Embitterung
zur Folge haben würden, und daß andere erbiträt
auf die dreien Wägen wirfen müßten. Durch die Zusam-
menschluß für Alter und Familienstand wird, sagt Friedberg
mit Recht, nur das Gefühl einer gewissen Ungleichheit ge-
schaffen. Die Zustimmung für Selbständigkeit oder Erwerbs-
fähigkeit ist eine mehr oder minder verdeckte Bestimmung,
und auch die Abstammung enthält ein gewisses Ge-
heimnis, das auf weite Kreise ausbreiten werden muß. An-
dem die Regierung in ihre Haltung begründet hat, erklärte
er noch einmal, daß sie an dem gleichen Wahlrecht festhalten
müsse. In letzter Linie konnte der Gang der Dinge nicht mehr
aufhalten.

Bei der Abstimmung haben Konfessionen und Pro-
fessoren zusammen. Ihnen gefallten sich als Dritte im
Stuhle nach vier Nationalliberalen zu. Wäre man von dieser

Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts.

Eine Regierungserklärung gegen ein Pluralwahlrecht mit Zusatzimmungen für Besitz, Familienstand und Bildung. — Die entscheidende Abstimmung.

zeigend wiesen. — Der Vizepräsident des Staatsministeriums fuhr fort:

Aus allen diesen Gründen vermag die kgl. Staatsregierung in den angebotenen Vorlägen eine Verbesserung der Verfassung nicht zu erkennen. Sie würden die Vorteile, die die Antragsteller im Auge haben, nicht fördern, sondern teils unerwünschten Einflüssen in die Verlage hineinbringen, teils das Wohl nicht gehörig demotivieren, als der vorliegende Gesetzentwurf. Dazu komme noch eine weitere Erwägung. Die Vorschläge sollen durchgeführt werden auf Grund von Zustimmungem e. Bedenken würde in weiteren Kreisen unteres Volkes die Zufassung entziehen, die Grundzüge des Gesetzesrechts, das gleiches Wahlrecht vorsehen sollte, das liegt aber nicht in der Klar auszusprechen werden der kgl. Staatsregierung. Ich kann deshalb die Zustimmung der kgl. Staatsregierung zu den Vorlägen des Herrn Dr. Hoffmann nicht in Aussicht stellen.

Es folgte die Begründung des nationalliberalen Antrags durch den Antragsteller, das gleiche Wahlrecht ablehnt, weil es:

Dr. Hoffmann zum Kultusminister machen würde.
Minister des Innern Dr. Drems: Der nationalliberale Antrag ist ein verzweifelter Versuch, die Herrschaft des Reiches zu untergraben und die Verfassung zu zerschüttern. Es sei dem Reich nicht zu verzeihen, daß es sich zu geringem Interesse und Verdienst für die künftigen Reichsmitglieder habe.

Ein konservativer erklärte, daß seine Partei im Falle der Ablehnung seines Antrags den nationalliberalen Antrag unterstützen würde. Der Antrag würde die Nationalkonvention grundlegend für sich selbst für den Osten. Nach der heutigen Erklärung Dr. Friedbergs erweise eine Verbindung zwischen den Konservativen und der Staatsregierung als ausgeschlossen. Unter ihrem Antrag könnten die Konventionen nicht heruntergehen, und selbst dieser bedeute schon einen so gewaltigen Eingriff, daß er nur zu ertragen sei, wenn Sicherungen, etwa die Wahlpflicht, eingeführt werden.

Ein nationalliberaler erklärte, daß für den Dreiklassenantrag seine Partei genossen sich nicht allein Kommissionsmitglieder der Partei einlegen werden. Der Minister hat nach wie vor Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht. Durch die:

Erklärung Dr. Friedbergs sei die Situation geklärt. Die Möglichkeit eines Ausganges auf dem von den Nationalliberalen vorgeschlagenen Boden sei damit entrin. Durch die heutige Fraktionssitzung habe sich der Zustand der nationalliberalen Ausschüsse nicht geändert.

Ein freikonservativer begründet den Antrag. Die Regierung zur Fortsetzung eines Gesetzentwurfs aufzufordern, durch den das Gemeindebürgerrecht dem Landtagswahlrecht angepaßt wird. Dieser Antrag ist nicht, wie der 'Korridor' neulich geschrieben hätte, ironisch gemeint, sondern beruht auf ernster Überzeugung. Nach Durchführung des gleichen Wahlrechts werde das Königtum nicht untergraben werden, sondern eine parlamentarische Regierung einreten.

Ein Zentrumsdruher erklärt, ein Teil seiner Freunde sei grundsätzlich bereit, dem gleichen Wahlrecht zu zustimmen, ein anderer Teil behalte sich die eventuelle Stellungnahme vor, bis alle drei Vorlagen durchgebracht sind. Aber in der ersten Sitzung werde sich alle Zentrumsmitglieder auf den Boden der Regierungsvorlage stellen.

Zwei Nationalliberale erklären sich für ein Verbot in erster Linie für das gleiche Wahlrecht, einer von ihnen macht seine eventuelle Stellungnahme abhängig davon, das eine zufriedenstellende Lösung der Diminutionsfrage gefunden werde.

Hierauf wird der freikonservative-konservative Pluralantrag mit 20 gegen 15 Stimmen angenommen. Dieselbe stimmt die Konventionen, Freikonservative und 4 Nationalliberale, dagegen 2 Nationalliberale, das Zentrum, die Fortschrittler, der Volk und der Sozialdemokrat. Der nationalliberale Dreiklassenantrag ist damit gegenstandslos geworden, die Regierungsvorlage gefallenen.

Weiterberatung: Donnerstag.

§ 3a. Auf Grund des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der das fünfzigste Lebensjahr vollendet hat und mindestens drei weitere Kinder, die das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben, hat oder gehabt hat.

§ 3b. Auf Grund des Vermögens erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der zur Ergänzungsteuer veranlagt ist.

§ 3c. Auf Grund des Einkommens erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der vom Staat ein Einkommensteuer veranlagt ist, sofern der Steuerbetrag den im Durchschnitt auf einen Wähler in der Gemeinde entfallenden Steuerbetrag übersteigt: Gemeinden (Gutsbezirke), in denen nicht mindestens 30 Wähler vorhanden sind, werden dem Landrat zwecks Festsetzung der Zusatzstimme mit einer benachteiligten Gemeinde (einem Gutsbezirk) vereinigt. Wähler, die zu einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagt worden sind, erhalten stets eine Zusatzstimme.

§ 3d. Auf Grund der selbständigen Gewerbetätigkeit erhält eine Zusatzstimme jeder Wähler, der entweder:

- a) mindestens ein nach den Vorschriften des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 30. Dez. 1911 (Reichsgesetzblatt S. 930) der Versicherungspflicht für den Fall der Berufsunfähigkeit und des Alters (siehe zugunsten der Pensionisten aber zwei nach den Vorschriften der Reichsversicherungsgesetzgebung vom 19. Juni (Reichsgesetzblatt S. 509) der Versicherungspflicht für den Fall der Krankheit unterliegende Personen ganz oder teilweise bei Ausübung einer Erwerbstätigkeit ununterbrochen seit mindestens sechs Monaten beschäftigt;

- b) als Eigentümer, Nießbraucher oder Pächter im landlichen Grundbesitz auf mindestens zwei Hektar Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Obst- oder Gärtnerei, oder auf mindestens einem halben Hektar Weinbau besitzt;

Tatsache übersehen, hätte man mit Goethes Margarete sprechen. „Es tut mir lang' lang weh, daß ich dich in der Gesellschaft hab'“. Trotz einer schonig abgehaltenen Fraktionssitzung der Nationalliberalen ist es dieser Partei nicht möglich gewesen, in den eigenen Reihen eine Einigkeit in einer so grundlegenden Frage herzustellen. Das war zu erwarten. Nur zwei der nationalliberalen Vertreter im Ausschusse befaßten sich auf ihren Liberalismus und stimmten gegen den konservativen Antrag. Die Mehrzahl schloß sich dort an, wo sie nach ihrer Ansicht hingehört zu stehen. Aber die zwei angetreten Nationalliberalen dürften keine sein, daß sie es sind, die die überwiegende Mehrheit der Wählerkraft ihrer Partei hinter sich haben. Das Zwischenstück, das durch den schwerindustriellen Nationalliberalen Antrag, den Minister Dr. Drems eine Verhändlung des Dreiklassenwahlrechts nannte, gegeben wurde, verdient kaum Worte besonderer Kennzeichnung.

Die Regierung hat eine Niederlage erlitten. Es ist jedoch eine Niederlage, an der die Sieger keine Freude haben werden. Für die Rechte muß sich diese folgenhäre Abstimmung zu einem Vorkämpfer gestalten, wenn die Regierung auch fernhin fest bleibt. Sie wird zum Ziele kommen, wenn sie nicht nachgibt, weil hinter der Forderung der Regierung das preussische Volk steht, das einem Zustande der Ungerechtigkeit und Ungleichheit ein Ende bereiten will. Der konservativ-stimmenerfolg im Ausschusse wird zu einem großen Siege des gefunden Staatsgedankens werden, wenn Volk und Regierung in dem Kampfe um die für Rechte erwachte Forderung treu verbunden bleiben.

C. H.

Der Eindruck in der Berliner Presse.

Alle Berliner Blätter beschäftigen sich sehr eingehend mit dem Beschlusse des Verfassungsausschusses. Nur die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ist bei diesem „Siege“ zu wenig wach, daß sie längere Zeit gebraucht, um die rechten Worte zu finden. Sie ist wohl nicht so sehr halb zurecht als nötig zu sein.

Der Kampf ist mit der Abstimmung nicht beendet. Er geht weiter. Das drückt auch die „Volk. Ztg.“ aus, indem sie schreibt:

Wir erblicken somit in der gezeigten Abstimmung nicht das Ende, sondern den Anfang des entscheidenden Wahlrechtskampfes, der sich in den Formen des Stellungstages wohl noch monatelang hinziehen und an die Nerven harte Anforderungen stellen wird. Die Staatserklärung hat in Voransicht eine unwillkürliche Entschloßung in der ersten Sitzung bereits in der vorigen Woche erklärt, daß sie zwar alle Mittel anwenden wird, um das gleiche Wahlrecht rechtsgültig, von dem nächsten Herbst, zum Siege zu führen, daß sie aber auch dem Parlament Zeit lassen will, sich zu dem reitenden Erschlusse in eingehender Beratung durchzurufen.

Die „Berliner Volkszeitung“ beschließt die konservativen Maßnahmen und schreibt:

Es hat seinen Zweck mehr, Vertheidiger zu werden. Im Wahlrechtsausschusse des preussischen Reichstages haben gestern das erste mal in der Geschichte die Nationalliberalen das gleiche Wahlrecht zu Gunsten gelehrt. Nicht der Wille der Krone, nicht die dringenden Einwürfe der Regierung, nicht die Zahl der, daß ganz Süddeutschland mit Einschluß von Elbehöhningen zu seinen zweiten Kammer gleich, geheim und direkt wählt, und selbst nicht die Unterstützung, die davon von den Süden des Volkes doch in erster Linie für die herrschenden Klassen gebracht werden, haben bereit Mandatäre bewegen können, die Gleichwertigkeit aller Volksgenossen in der Ausübung der Bürgerrechte anzuerkennen.

In einem ähnlichen Sinne schreibt die „Morgenpost“: Gewiß entsprecht diese Abstimmung nicht dem natürlichem, gültig das Schicksal des gleichen Wahlrechts, denn noch stehen eine zweite Sitzung im Ausschusse und zwei weitere Sitzungen im Plenum aus, und mit Sicherheit darf man annehmen, daß die Regierung diese Zeit nicht ungenutzt zu verstreichen lassen wird. Aber was auch die Zukunft bringen mag, mit alle Fälle von der gezeigten Lage für die innere Politik ein Tag der Krone, und von jeder Volksebene mit schmerzlicher Erinnerung zurückdenken wird. Selbst im tiefsten Frieden wäre die Ablehnung des gleichen Wahlrechts ein verhängnisvoller Fehler gewesen, der im Volke mit Recht Erbitterung und Empörung ausgelöst haben würde. Aber jetzt mitten im Weltkriege dem preussischen Volke, das täglich und stündlich Beweise unerschöpflich hoher Vorkommen gibt und Entschloßungen willig trägt, wie sie in diesen Umständen keinem Volke der Welt zugesendet werden können, das gleiche Wahlrecht zu verweigern, ist, rund heraus gesagt, politisch ein Verbrechen und wird von den Preußen entrechteten Volksmassen sich erstlich so empfinden werden.

Der „A.-L.“ hofft noch auf eine Verständigung. Bei solchem Stande der Dinge können die Einigungen auf Verständigung nur als gering betrachtet werden, zumal die nationalliberale Landtagsfraktion gestern sich noch einmal ausdrücklich gegen das gleiche Wahlrecht ausgesprochen hat.

Trotzdem werden wir es als verstellte betrachten, wollte man die Verhandlungen jetzt schon abbrechen. Im Ausschusse hat die Verlage noch eine zweite Sitzung zu veranlassen, um die Beschlüsse der Volkssammlung mit denjenigen des Ausschusses durchaus nicht übereinstimmend sind, haben die Verhandlungen mit der Wahlvorlage von 1900 fortzuführen. Die Stimmen und Dränger im Senate, die das da das ständige sind, daß, wie im Reich, so auch in Preußen, ausschließlich nur nach ihrem Willen regiert werden dürfte, werden jetzt die Regierung zu dessen Maßnahmen zu bestimmen helfen. Nach unserer Meinung liegt das reine Verhandlung nur, wie nicht die eventuellen Entscheidungen des Verfassungsausschusses gefügt sind.

Der „Berliner Courrier“ weiß, wie das in ungenügender Ausdehnung gesehen ist, war das taktischen Fehler der Regierung ist. Das Blatt schreibt:

Das es so weit kam, ist nicht nach dem Reichstag konservativen Selbstvertrauens. Es ist auch die Dummheit dazu, daß Staatsminister Dr. Friedberg festlegen in letzter Stunde dem dem Wähler, die Verhandlungen zu beenden, daß zu weit mitternachts ist. Seine Änderung, daß man mit der Regierung über eine Zustimmung werde reden können, hat der Kernpunkte des Dreiklassenwahlrechts zerstört.

Das „Berliner Tageblatt“ beantwortet die Frage, was man gefahren soll, in folgender Weise:

In der Mittwochsitzung des Verfassungsausschusses des Abgeordnetenhauses erklärte zunächst ein Freikonservativer, er habe sich darüber gemindert, daß ein fortschrittlicher Redner das berufsbürgerliche Wahlrecht in die Kampfschranken vermittele. Das „Berliner Tageblatt“ habe vor einiger Zeit einen Artikel Denkbereich gebracht, worin für Staat und Gemeinde dem berufsbürgerlichen Wahlrecht der Vorkzug vor dem Reichstagswahlrecht gegeben war. Damals habe das „Berliner Tageblatt“ erklärt, unser Volk sei noch nicht reif genug, um ein berufsbürgerliches Wahlrecht einzuführen. Dessenfalls werde der konservative Antrag, wenn er sich später wiederhole, der reißenden Zustimmung des „Berliner Tageblatt“ sich erfreuen. Der Redner polemierte dann gegen die Auslegung des Redner, durch solche Reden würde nur der Ausgleich mit den Polen erschwert und unmöglich gemacht; wir werden von der Abwehr zum Angriff gedrängt. Wir werden die allerhartesten Maßnahmen zum Schutze des Reichstums ergreifen müssen, wenn solche Ansichten die Oberhand gewinnen. Der Antrag der beiden konservativen Parteien beruhe auf den Berechtigungen des letzten Sommers, denen auch die Regierung nicht ferngegangen habe. Seitdem habe sich die Lage nicht verändert. Die Antragsteller sind bereit, über Einzelheiten mit sich reden zu lassen.

Inzwischen läßt ein von einem Nationalliberalen gestellter Antrag ein, der ein Dreiklassenwahlsystem nach Art des Wahlrechts für die Gemeindeverwaltungen und daneben den Proporz in gemeinschaftlichen Verordnungen vorseht. Ein Volksparteier führt aus: Glaubt man, daß die Mehrheitserhaltungsstelle keinen Einfluß auf die Regierung ausüben? Jeder Minister muß doch auf die Mehrheit Rücksicht nehmen, wenn er seine Pläne durchzuführen will. Dazu kommt, daß fast der ganze Verwaltungsapparat von konservativen Kreise besetzt ist. Unter dem gleichen Wahlrecht werden wir wahrscheinlich die Mehrheit haben, die so aussehen wird wie die heutige Reichstagsmehrheit; vom Zentrum bis vielfach zu den alten Sozialdemokraten, eine Mehrheit, die vielfach auch die Nationalliberalen angehen können, wenn sie sich nicht durchaus abändern wollen.

Preußen wird dabei nicht zugrunde gehen. Das Wort von der Untiefe des Volkes für das gleiche Wahlrecht wird die Stimmung draußen nicht vernehmen. Bis auf weiteres ist der Redner nicht geneigt, anzunehmen, daß Dr. Friedberg mit seiner Erklärung von dem habe abgewandt haben, was er und die Regierung bisher vertreten haben. Nach der Klarheit, die die Regierung bisher bewies, wäre es unüberwindlich, wenn mit einer plötzlichen Wendung davon abgelenkt werden sollte. Der Minister des Innern habe ausdrücklich erklärt, daß nur ein gleiches Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts in Betracht kommen kann und daß jeder andere Versuch unannehmbar sei. Die Antragsteller werden für einen Abgang zum Annehmen, auch nicht für den Dreiklassenantrag des Nationalliberalen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg antwortet, er habe lehrhaft nur ausüben können, daß die Erfüllung der Fragen des nationalliberalen Redners Sache des Staatsministeriums sei. Die Erfüllung hat inzwischen stattgefunden. Bezüglich der Frage von Zusatzimmunen für Alter und Familienstand setze die Regierung auf dem Standpunkte, daß bedarf nicht eine Veränderung, sondern nur das Festhalten einer gewissen Ungleichheit geschlossen werden müßte. Deshalb muß die Regierung dringend von einer solchen Entscheidung zurücktreten. Zusatzimmunen für Selbstständigkeit oder Erwerbstätigkeit seien mehr oder minder bedenkliche Bestimmungen und würden daher in Widerspruch stehen zu der Grundlage des Regierungsentwurfs. Auch die Bildungsimmunen hätte ein gewisses Moment, das eine gewisse Wohlhabenheit voraussetzte, dafür sei, sich höhere Schulbildung zu verschaffen; es wäre aber auch ungerecht, diese Wohlhabenheit zu berücksichtigen. Es würde sich mehr als um eine Bildungsimmunen und eine Bildungsimmunen handeln. Es geht heute gemein, die nur aus der Wohlhabheit besteht, aber mit eigener Kraft eine höhere Bildung selbst angeeignet haben, und gerade diese Personen würden die Bildungsimmunen nicht erhalten. Die Bevorzugung derjenigen, die das Glück hatten, eine höhere Bildung zu genießen, beim Wahlrecht, würde auf weite Volkskreise auf-

Die Regierung hatte drei Wege, um die Macht der konservativen-nationalliberalen Mehrheit zu brechen und den Weg für ein gleiches Wahlrecht zu ebnen. Einmal könnte sie die konservativen dem preussischen Volk orientierte Volksklassenwahlrecht gewissermaßen durch eine „Rückkonvention“ heilsam, das ursprüngliche gleiche Wahlrecht automatisch wieder einführen und darunter wählen ausüben. Da die Regierung in diesem in ihren Ausdehnungen mit besonderer Betonung, um die verfassungsmäßigen Mittel eingesetzt, hat, die sie gegen die Wahlrechtserhalten anzuwenden gedenkt, so scheint sie eine solche „Rückkonvention“ nicht als verfassungsmäßiges Mittel anzusehen zu wollen. Die zweite Möglichkeit wäre ein Pluralrecht über die Krone. In beide Fälle könnte man, weil eine besondere lex horum non est anzuwenden ist, nur für alle Bundesstaaten eine Ausnahme das gleiche Wahlrecht festlegen. Das müßte dann in der Verfassung verankert werden. Es ist aber nicht anzunehmen, daß ein solcher Antrag Preuens im Bundesrat angenommen werden würde. Wenn 14 Stimmen würden, weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt, sondern, den Antrag zu Gesetz zu bringen, würde es nur noch die Zustimmung des Bundesrats erhalten haben. Auch das ist natürlich keine Schmeichelei.

Der konservativ-freikonservative Pluralantrag

hat folgenden Wortlaut:

§ 3. Jeder Wähler hat eine Grundstimme. Hierzu treten je eine Zusatzstimme auf Grund:

- a) des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder,
- b) des Vermögens,
- c) des Einkommens,
- d) der selbständigen Erwerbstätigkeit,
- e) der Schulbildung.

§ 3a. Jeder Wähler hat eine Grundstimme. Hierzu treten je eine Zusatzstimme auf Grund:

- a) des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder,
- b) des Vermögens,
- c) des Einkommens,
- d) der selbständigen Erwerbstätigkeit,
- e) der Schulbildung.